

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

| | |
|--------------|--|
| Suchabfrage | 20.04.2024 |
| Thema | Keine Einschränkung |
| Schlagworte | Konservative und Rechte Parteien |
| Akteure | Streff-Feller, Marianne (evp/pev, BE) NR/CN |
| Prozesstypen | Keine Einschränkung |
| Datum | 01.01.1965 - 01.01.2021 |

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Konservative und Rechte Parteien, 2010 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| Parteien, Verbände und Interessengruppen | 1 |
| Parteien | 1 |
| Konservative und Rechte Parteien | 1 |

Abkürzungsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Konservative und Rechte Parteien

WAHLEN
DATUM: 08.06.2010
MARC BÜHLMANN

Anlässlich des **Rücktritts von Nationalrat Walter Donzé** attestierte die Presse der EVP strategisches Geschick. Obwohl die Rücktrittsabsicht parteiintern bekannt war, wurde sie nicht publik gemacht. Als Parteimitglied gleichwohl entsprechend informiert, kandidierte die in Bern bekannte Marianne Streiff trotz der Aussicht bald in den Nationalrat nachzurutschen, für den Grossen Rat und wurde gewählt. Damit sicherte sie den Grossratsitz der Partei und erhielt mit der Übernahme des Nationalratsstitzes von Donzé die Möglichkeit, sich bis zu den Erneuerungswahlen im Herbst 2011, für die sie kandidieren will, auf dem nationalen Parkett zu etablieren.¹

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Das ambitionierte Ziel der EVP, die seit ihrer Gründung 1917 nie mehr als drei Nationalratsmandate innehatte, mit dem Gewinn von drei zusätzlichen Mandaten bei den **nationalen Wahlen** Fraktionsstärke zu erreichen, wurde deutlich verpasst. Die angesprochene bisher wahlabstinente, christlich-evangelisch orientierte, ländliche Klientel konnte mit den Kernthemen Kernkraftausstieg, Einheitskrankenkasse, Religionsfreiheit und Erhöhung der Entwicklungshilfe nicht genügend mobilisiert werden. Die Partei konnte aber immerhin ihr beiden Sitze in Zürich (Maja Ingold, bisher) und Bern (Marianne Streiff, bisher) verteidigen. In Zürich büsste die Partei dabei gleichwohl 0,6 Prozentpunkte (neu 3,1%) und in Bern 1,2 Prozentpunkte ein (neu: 4,2%). Damit war in Bern der 2010 geschmiedete Plan aufgegangen, Marianne Streiff nach dem vorzeitigen Rücktritt von Walter Donzé aufzubauen und bekannt zu machen. In den elf weiteren Kantonen, in denen die EVP für die Nationalratswahlen angetreten war (LU, SZ, FR, SO, BS, BL, SG, AG, TG, VD, GE), konnte die Partei keine Sitze gewinnen. Mit Ausnahme der Kantone Schwyz (+0,2 Prozentpunkte) und Basel-Landschaft (+0,5 Prozentpunkte) war der Wähleranteil überall rückläufig. Die EVP hielt einen gesamtschweizerischen Wähleranteil von 2% (-0,4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2007). Die beiden EVP-Abgeordneten schlossen sich der CVP-Fraktion an. Kein Erfolg war den EVP-Kandidierenden für den Ständerat in den Kantonen Zürich (Maja Ingold), Bern (Marc Jost bei den Ersatzwahlen im Frühling und Marianne Streiff im Herbst) und Aargau (Roland Bialek) beschieden.²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 24.06.2013
MARC BÜHLMANN

Die Position der EVP als Partei zwischen Links und Rechts liess sich im Berichtsjahr auch an ihren **Parolen** ablesen. In sechs der elf Abstimmungsvorlagen stimmte die Abstimmungsempfehlung der EVP mit den Parolen der SP und der GP, also mit Links, überein: für die drei Vorlagen, über die am 3. März abgestimmt wurde, ergriffen die Delegierten der EVP bereits Anfang Dezember des Vorjahres in Solothurn die Ja-Parolen (82:14 für Familienartikel; 91:18 für Abzockerinitiative; 95:3 für RPG). Zusammen mit Links-Grün stimmte die EVP zudem gegen die Volkswahl des Bundesrates (mit 79:0 Stimmen an der DV vom 23.3. in Lausanne), für das revidierte Epidemienengesetz und gegen das revidierte Arbeitsgesetz (beide an der DV vom 22.6 in Schaffhausen mit 65:15 Stimmen bzw. mit 81:4 Stimmen). Beim revidierten Arbeitsgesetz war das Argument ausschlaggebend, dass die Revision zu mehr Sonntagsarbeit führe. Auf der anderen Seite stimmte die EVP bei den drei weiteren klassischen Links-Rechts-Vorlagen mit der bürgerlichen Seite: Die Asylgesetzrevision wurde in Lausanne – allerdings nach längerer Diskussion – mit 41 zu 25 Stimmen angenommen und die beiden linken Initiativen „Aufhebung der Wehrpflicht“ (mit 60:24 Stimmen in Schaffhausen) und „1:12“ wurden abgelehnt, letztere allerdings nur knapp mit 43 zu 34 Stimmen an der Delegiertenversammlung in Frutigen. Die Erhöhung der Autobahngebühren wurde ebenfalls in Frutigen mit 65 zu 5 Stimmen gutgeheissen. Hier entsprach die Parole derjenigen von FDP, CVP und BDP. Eine eigenständige Position vertrat die EVP schliesslich bei der SVP-Familieninitiative, die an der Delegiertenversammlung in Frutigen mit 57 zu 19 Stimmen zur Annahme empfohlen wurde. Die Delegierten waren in ihrer Mehrheitsposition dabei von der Haltung ihrer beiden Nationalrätinnen abgewichen: Maja Ingold (ZH) hatte die Initiative im Parlament abgelehnt und Marianne Streiff (BE) hatte sich damals enthalten.³

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 21.08.2013
MARC BÜHLMANN

Das der CVP/EVP-Fraktion angehörende Zweiergespann im Nationalrat bestehend aus der Bernerin Marianne Streiff und der Zürcherin Maja Ingold trug entscheidend dazu bei, dass die **6. IV-Revision** scheiterte. Es war der Antrag von Ingold, die Kürzung von Zusatzrenten aus der Vorlage zu streichen, der eine Mehrheit fand und die Vorlage letztlich zum Kippen brachte. Ingold bedauerte zwar, dass keine strukturellen Verbesserungen erzielt werden konnten, befürchtete als ehemalige Sozialvorsteherin von Winterthur aber, dass mit den geplanten Kürzungen die Kosten auf die Kantone und Gemeinden verlagert worden wären, wie sie an einer Versammlung in Zürich erklärte.⁴

POSTULAT
DATUM: 18.12.2013
MARC BÜHLMANN

Einige Druckerschwärze wurde verbraucht, weil Nationalrätin Marianne Streiff in den Medien als Urheberin der Idee eines **Verbotes von Prostitution** dargestellt wurde. Allerdings beinhaltete ihr parlamentarischer Vorstoss lediglich den Auftrag, in einem Bericht zu untersuchen, ob ein Verbot in der Schweiz sinnvoll wäre und das Problem des Menschenhandels abschwächen könnte. Auch mit ihrem Engagement für die rechtskonservative Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ eckte die Berner Parlamentarierin an.⁵

ANDERES
DATUM: 05.04.2014
MARC BÜHLMANN

Nach sechs Jahren an der Spitze der Partei trat **EVP-Präsident** Heiner Studer (AG) von seinem Amt zurück. Studer war eine wichtige Figur in der EVP: Von 1970 bis 1976 war er Zentralsekretär, sass 1973 bis 1998 für die EVP im Grossen Rat des Kantons Aargau und von 1999 bis 2007 im Nationalrat. Er trete zurück, weil die EVP nicht von einem Rentner in die Wahlen 2015 geführt werden sollte, so der scheidende 65-Jährige, der an der Delegiertenversammlung Anfang April in Biel verabschiedet wurde. Als Nachfolgerin von Studer wurde einstimmig die bisherige Vizepräsidentin, die Berner Nationalrätin Marianne Streiff-Feller (BE) gewählt. Zum ersten Mal in der fast 100-jährigen Geschichte der Partei besetzt damit eine Frau den Posten des Vorsitzenden der EVP. Die Partei war 1919 offiziell gegründet worden und zählt 2014 rund 4'500 Mitglieder.⁶

VERWALTUNGSAKT
DATUM: 16.10.2014
MARC BÜHLMANN

Die wertkonservative Haltung der **EVP** zeigte sich im **Protest gegen die Stopp-Aids-Kampagne** des Bundesamtes für Gesundheit, die als zu pornographisch bezeichnet wurde. Neo-Parteipräsidentin Marianne Streiff ärgerte sich über die „Logik der Provokation“ und die „Porno-Dampfwalze“ des Bundes.⁷

1) BZ, 8.6.10.

2) BaZ, 19.1.11; AZ, 25.6.11; NZZ, 28.6.11; Presse vom 24.–26.10.11.; Lit. BFS.

3) NZZ, 25.3. und 24.6.13; ; www.evpev.ch.

4) NZZ, 21.8.13

5) AZ, 18.12.13.

6) AZ, NZZ, 10.1.14; NZZ, 18.1., 7.4.14; APZ, 26.11.14

7) AZ, 17.10.14